



Ungarn: Bernhard Fuchs, ungarische Kollegen, Gerhard Jelenc. EUPOL-Afghanistan: österreichische Kontingentsmitglieder.

Kontrollieren, beraten, unterstützen

Polizistinnen und Polizisten haben die Möglichkeit, Auslandseinsätze zu versehen. Dazu zählen bilaterale Einsätze, Frontex-Einsätze, EU- oder UN-Missionen oder Einsätze als Dokumentenberater.

Das Bundesministerium für Inneres sendet zur Bekämpfung und Prävention von Sicherheitsrisiken, die ihren Ursprung im Ausland haben, Polizistinnen und Polizisten zu unterschiedlichen Auslandseinsätzen. Dazu zählen Frontex-Einsätze, bilaterale Einsätze, sowie Einsätze als Dokumentenberater oder im Rahmen von EU-, UN- und OSZE-Missionen. Diese vier Kategorien operativer Auslandseinsätze werden seit Jänner 2019 vom Referat II/2/c (Auslandseinsätze) der Einsatzabteilung im Innenministerium verwaltet.

„Seit 2000 unterstützt das Innenministerium das Krisenmanagement der Europäischen Union mit bis zu 110 Polizistinnen und Polizisten, darunter 50 Bedienstete für friedenserhaltende Missionen der Vereinten Nationen“, sagt der Leiter des Referates für Auslandseinsätze, Brigadier Berthold Hubegger, BA, MA. 20 Polizistinnen und Polizisten müssen innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit sein. Damit es ausreichend Freiwillige für die unterschiedlichen Auslandseinsätze gibt, startet das Referat jährlich eine bundesweite Interessentensuche.

„Durch die organisatorische Zusammenführung der vier Auslandseinsätze in ein Referat können die verschiedenen Personalpools zusammengefasst und administrative Maßnahmen wie Sprachüberprüfungen oder Ausschreibungen vereinheitlicht durchgeführt werden. Wir erwarten uns dadurch organisatorische und administrative Er-

leichterungen auch für die Landespolizeidirektionen, die durch ihren personellen Beitrag unsere Entsendungen erst ermöglichen.

Bilaterale Einsätze. Seit November 2015 entsendet das Innenministerium Bedienstete nach Nordmazedonien, um die dortigen Polizeikräfte bei der Grenzüberwachung zu unterstützen. Seit Juni 2019 wird das österreichische Kontingent in Nordmazedonien von Bezirksinspektorin Anna-Caroline Gois geführt. Gois ist seit 2011 Polizistin, ihre Stammdienststelle ist die Polizeiinspektion am Bahnhof in Innsbruck, wiederholt war sie auch der Grenzpoli-



Anna-Caroline Gois: Kommandantin einer Polizeieinheit in Nordmazedonien.

zeinspektion am Flughafen Innsbruck zugeteilt. Gois war bereits 2018 im trilateralen Zugstreifendienst in Ungarn eingesetzt. „Ich habe im Rahmen meiner dienstlichen Laufbahn asylrechtliche und fremdenpolizeiliche Erfahrungen sammeln können. Bei Zugkontrollen von Italien über Österreich nach Deutschland und bei Grenzkontrollen am Flughafen Innsbruck bin ich immer wieder mit illegaler Migration und Schlepperei konfrontiert gewesen“, berichtet Gois. Die Tirolerin leitet eine österreichische Polizei-Einheit an der griechisch-nordmazedonischen Grenze im Grenzabschnitt Bogorodica.

In Zusammenarbeit mit Polizeikontingenten aus Ungarn, Slowenien, der Slowakei, Kroatien, Tschechien, Serbien, Polen und den nordmazedonischen Militärkräften wird die Grenze mit Streifen und Kontrollen überwacht.

Zu Gois' Aufgaben zählen neben der Streifen- und Überwachungstätigkeit vor allem die Dienst- und Fachaufsicht ihres Kontingents. Sie erstellt Dienstpläne und Dokumentationen der Einsätze, nimmt an Koordinierungstreffen mit der nationalen Border Police teil und ist die Kontaktstelle für die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen vor Ort tätigen Behörden.

Einsatz in Ungarn. Gruppeninspektor Gerhard Jelenc ist seit 1975 Polizist. Er arbeitet in der Landesverkehrsabteilung Wien. Kurz vor seinem geplanten Übertritt in den Ruhestand, lernte er eine neue Facette seines Be-



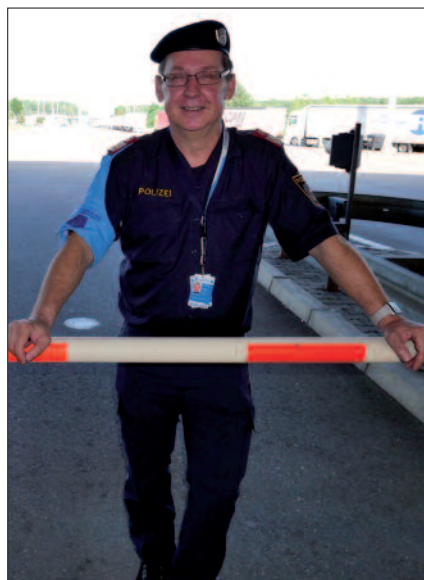
Zivile Mission der Europäischen Union „EULEX Kosovo“: österreichisches Kontingent.

rufs kennen. Er meldete sich für einen Auslandseinsatz: „Als ein junger Kollege unserer Dienststelle zugeteilt wurde, hat er von seinem kurz zuvor beendeten Auslandseinsatz in Serbien und Nordmazedonien erzählt. Seine Berichte haben mich motiviert, etwas Neues auszuprobieren. Nachdem mein Alter nicht dagegen gesprochen hat, habe ich mich beworben“, schildert Jelenc. Nach ärztlichen Untersuchungen und den nötigen Impfungen wurde er in den Pool für bilaterale Einsätze aufgenommen.

Der erste Einsatz führte ihn für sechs Wochen nach Budapest. Zu seinen Aufgaben gehörte die Begleitung von Zugfahrten von Budapest nach Hegyeshalom und fallweise auch nach Wien und retour. Er unterstützte die ungarischen Kolleginnen und Kollegen bei Streifen und Kontrollen an Bahnhöfen und in den Zügen. Dazu zählte die Überprüfung von Reisedokumenten, Aufenthaltsermittlungen oder der Auffgriff von gesuchten Personen.

„Wir haben beispielsweise einen marokkanischen Staatsbürger mit einem gestohlenen französischen Personalausweis festgestellt, der den ungarischen Behörden übergeben und somit an der Einreise nach Österreich gehindert wurde. Weiters sind wir bei Kontrollen auf zwei Männer aus dem Iran

aufmerksam geworden, die mit gefälschten rumänischen Dokumenten nach Österreich reisen wollten. Auf ihren Mobiltelefonen hatten die beiden mutmaßlichen Schlepper rund 400 Fotos von verschiedenen Reisedokumenten mit verschiedenen Namen und Nationalitäten gespeichert“, berichtet Jelenc. Er ist soeben zum dritten Mal in Ungarn auf Auslandseinsatz, seinen geplanten Pensionsantritt hat er ein wenig nach hinten verschoben.



Helmut Paulitsch: Frontex-Einsatz an der Grenzkontrollstelle Bajakovo.

Dokumentenberater. „Als ich 2005 die Polizeigrundausbildung in Tirol begonnen habe, habe ich noch keine Vorstellung davon gehabt, wie breit das Aufgabenspektrum innerhalb der Polizei ist“, sagt Bezirksinspektor Georg Rainer. „Rund 15 Jahre später sehe ich nicht nur auf spannende Dienstjahre in Tirol, sondern auch auf Einsätze bei Frontex und auf Auslandseinsätze in der Türkei und in Thailand zurück.“ Rainer war sowohl am österreichischen Generalkonsulat in Istanbul als auch in Bangkok als Dokumentenberater des Innenministeriums tätig.

Das Bundesministerium für Inneres hat 2003 erstmals Polizisten als Dokumentenberater an internationalen Flughäfen in Drittstaaten eingesetzt. Die Spezialistinnen und Spezialisten unterstützen Angestellte von Luftfahrtunternehmen, Bedienstete der VISA-Abteilungen der österreichischen Botschaften und Konsulate sowie der Schengen-Auslandsvertretungen. Sie prüfen Reisedokumente auf Echtheit und Gültigkeit und geben ihr Wissen weiter. In Schulungen zeigen sie Mitarbeitern von Fluglinien und Botschaften, wie man gefälschte oder verfälschte Dokumente identifiziert und woran man irregulär Reisende erkennt. Dokumentenberater werden in der Regel für 13 Monate entsandt, sie tragen mit ihrer Ar-



Georg Rainer, Dokumentenberater des Bundesministeriums für Inneres: Kontrolle von Reisedokumenten am Flughafen in Bangkok.

beit dazu bei, illegale Einreisen nach Österreich zu verhindern. Am internationalen Flughafen Suvarnabhumi Bangkok war Rainer als Mitglied des *Immigration Control Experts Team (ICE)* tätig. Das ICE-Team in Bangkok setzt sich aus Dokumenten- und Visa-Beratern aus 13 Ländern zusammen, beispielsweise den USA, Neuseeland und Australien sowie der EU. Die Dienste werden in Schichten versehen, sodass von Montag bis Freitag zwischen 6 und 1 Uhr immer zumindest ein Mitglied des ICE-Teams am Flughafen ist.

„Die Arbeit am Flughafen besteht darin, die Mitarbeiter der Fluglinien bei Fragen zu Dokumenten und Visa zu unterstützen. „Dafür sind wir mit Flughafenzutrittspässen ausgestattet und können auch jene Passagiere überprüfen, die in Bangkok umsteigen und den Transitbereich nicht verlassen. Wir überprüfen, ob die Dokumente auf die jeweiligen Passagiere ausgestellt sind, ob sie echt sind und ob sie mit den Dokumenten nach Europa reisen dürfen, ob Passagiere in Europa durchreisen dürfen oder ob es Hinweise gibt, dass Personen einen Transitstopp dazu nutzen könnten, unrechtmäßig einzureisen. Monatlich habe ich zwischen 100 und 200 Empfehlungen ausgesprochen, kontrollierte Passagiere nicht zu transportieren“, berichtet Rainer.

Dokumentenberater verfügen im Ausland über keine Hoheitsgewalt, aber die Fluglinien halten sich in der

Regel an ihre Empfehlungen, weil sie Verwaltungsstrafen riskieren, wenn sie illegale Einwanderung nicht verhindern. „Unsere Arbeit am Flughafen beschränkt sich nicht nur auf die Beratung des Fluglinienpersonals. Wenn Touristen am Flughafen in Schwierigkeiten sind, weil sie beispielsweise ihre Reisedokumente verloren haben, dann helfen wir auch weiter. Wir verständigen die zuständige Botschaft und versuchen, auf möglichst unbürokratischem Weg die Weiterreise der Betroffenen zu ermöglichen“, sagt Georg Rainer.

Die Ausbildung zum Dokumentenberater des Innenministeriums dauert viermal zwei Wochen. Es wird Wissen über Dokumentensicherheit und nationale sowie internationale Rechtsvorschriften vermittelt. Während der Ausbildung werden neben theoretischem Wissen Spezialkompetenzen und Grundlagen für den praktischen Einsatz vermittelt und eine Praxisphase am Flughafen Wien-Schwechat absolviert.

Dokumentenberater sind als Spezial-Attachés bei den jeweiligen österreichischen Botschaften oder Konsulaten akkreditiert. Sie sind Teil eines internationalen Netzwerks und stehen in engem Kontakt mit Dokumentenberatern und Botschaftsangehörigen anderer Staaten. Derzeit sind Dokumentenberater im Libanon, in der Türkei, in Russland, Indien, Jordanien, Griechenland und Thailand im Einsatz.

Einsätze bei Frontex, der europäischen Grenzschutzagentur, erfolgen als gemeinsame Aktion (Joint Operation) mehrerer EU-Mitgliedsstaaten oder als Soforteinsatz auf Antrag eines Mitgliedstaates im Falle einer außergewöhnlichen Situation an dessen Außengrenze.

Beamte unterstützen bei Frontex-Einsätzen an Hotspots bei Identifizierungen, bei Überstellungen von Schutzsuchenden, bei der Registrierung von Asylantragsstellern und bei der Organisation von Rückkehrmaßnahmen, wenn rechtskräftig behördlich festgestellt wurde, dass kein Anspruch auf internationalen Schutz und kein Recht zum Aufenthalt im Schengenraum besteht. Dabei erfolgen die Einsätze unter der Verantwortung des Staates, in dem der Einsatz stattfindet. Österreich hat mit der Beteiligung an Frontex-Einsätzen die Möglichkeit mitzuwirken, an den EU-Außengrenzen illegale Migration zu verhindern.

Bevor Bezirksinspektor Helmut Paulitsch 1997 zur Polizei wechselte, war er dienstführende Zollwachebeamter und versah sieben Jahre Dienst in der Grenzpolizeiinspektion Karawankentunnel, ehe er zur Polizeiinspektion Faak am See wechselte. Von 2004 bis 2008 war er nach Traiskirchen dienstzugeteilt. „Während der Dienstzeit in Traiskirchen konnte ich mir viel Wissen und Erfahrung im Bereich des Asyl- und Fremdenrechts aneignen. Erfahrungen im internationalen Bereich habe ich bei einem EU/OSZE-Einsatz in Rumänien, einem UN-Einsatz in Osttimor und mehreren Frontex-Einsätzen sowohl an Land- und Seegrenzen, als auch in der Einsatzzentrale in Warschau sammeln dürfen“, berichtet Paulitsch. „Auch wenn ich seit mittlerweile 25 Jahren immer wieder an Auslandseinsätzen teilnehme, ist es für mich nie Routine geworden. Ich wäge stets ab, was für und was gegen einen Einsatz im Ausland spricht. Am Ende überwiegen immer wieder die Leidenschaft, in einem internationalen Umfeld zu arbeiten und die Neugier und Freude auf die bevorstehenden Aufgaben.“ Von Jänner bis Juni 2019 nahm Paulitsch an einem Einsatz in Bajakovo an der kroatisch-serbischen Grenze teil. Die Grenzkontrollstelle Bajakovo ist eine von 50 Grenzdienststellen an den Landaußengrenzen der Europäischen Union, die in das Netzwerk der „Focal-Point-Offices“ eingebunden sind.



Ausbildung für Auslandseinsätze: Hindernisbahn überwinden.



Polizist Julian Schweighart: Einsatz bei der EUMM-Georgia.

Diese „Focal-Point-Offices“ sind Grenzdienststellen mit einem hohen Aufkommen an gefälschten Dokumenten, irregulärer Migration, Verschiebung gestohlener Fahrzeuge und anderen Formen grenzüberschreitender Kriminalität. Paulitsch unterstützte als Mitglied eines internationalen Teams von Grenzpolizeibeamten die lokalen Behörden bei der Grenzkontrolle. Er kontrollierte und befragte Reisende, um die Identität, die Echtheit der Dokumente, die Rechtmäßigkeit der Einreise sowie des anschließenden Aufenthaltes zu prüfen und kontrollierte Fahrzeuge und Reisegepäck. Er berichtete über seine Arbeit regelmäßig an das Frontex-Büro im BMI. Diese Berichte werden für die Risikoanalyse und Feststellung und Identifizierung von bevorzugten Reisewegen, Transportmitteln, Unterkünften, Kontakten und kriminellen Netzwerken herangezogen.

EU-, UN- und OSZE-Einsätze. „Mit der Entsendung von Polizeibediensteten im Rahmen von Einsätzen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen leistet das österreichische Innenministerium seit 1964 einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen in politisch instabilen Staaten. Der Aufbau nachhaltiger rechtsstaatlicher Systeme und somit von Rechtssicherheit bildet eine der Grundlagen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Er sorgt für Stabilität, bessere Perspektiven und somit unter anderem für weniger Migrationsmotivation in der Bevölkerung und ist auch für die innere Sicherheit Österreichs relevant“, sagt Referatsleiter Hubegger.

Damit Polizistinnen und Polizisten aus Österreich an internationalen Einsätzen teilnehmen können, bedarf es internationaler, rechtlicher Vereinbarun-

gen. Darunter fallen Sicherheitsresolutionen der Vereinten Nationen oder ein „Gemeinsamer Beschluss der Europäischen Union“; darüber hinaus regelt das Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität die Entsendung von Einheiten ins Ausland. Es gibt zwei grundsätzliche Formen von internationalen Einsätzen, zu denen die österreichischen Polizistinnen und Polizisten entsandt werden: Exekutivmissionen und Unterstützungsmissionen.

Bei Exekutivmissionen wird das gesamte polizeiliche Aufgabenspektrum von den Beamtinnen und Beamten abgedeckt. Sie sind bewaffnet, uniformiert und mit allen Rechten und Pflichten ausgestattet. Ziel ist die Herstellung von Ordnung und Sicherheit im Einsatzgebiet sowie der Aufbau einer professionellen, unparteilichen, lokalen Polizei und die strukturierte, gestaffelte Übergabe der Exekutivgewalt an die lokalen Behörden.

Bei Unterstützungsmissionen, die die Mehrzahl der internationalen Einsätze bilden, haben die Polizistinnen und Polizisten keine Exekutivgewalt und sind nur zur Selbstverteidigung bewaffnet. Ihre Hauptaufgabe ist „Monitoring – Mentoring – Advising“, das heißt sie beobachten, beraten und unterstützen die lokalen Kräfte.

Ziel ist der Aufbau einer nachhaltigen, professionellen, multiethnischen Polizei, die Unterstützung in Teilgebieten wie beim Grenzmanagement, Bekämpfung organisierter Kriminalität oder irregulärer Migration. Derzeit laufen vier Einsätze im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union bei EULEX-Kosovo, EUMM-Georgien, EUBAM-Libya und EUAM-Ukraine sowie ein UN-Einsatz bei UNMIK-Kosovo.

Zu den Anforderungskriterien für EU- und UN-Einsätze zählen die persönliche und fachliche Eignung, ein definitives Dienstverhältnis und disziplinierte Unbescholtenheit. Weiters müssen die Bewerberinnen und Bewerber ausgezeichnete Sprachkenntnisse in Englisch vorweisen. Die Bewerbung hat mit einer Stellungnahme der Vorgesetzten über den Dienstweg zu erfolgen. Die Ausbildung startet mit einem Vorbereitungskurs in Kooperation mit dem österreichischen Bundesheer.

Die Polizistinnen und Polizisten erhalten von auslandserfahrenen Beamtinnen und Beamten und externen Vortragenden des Außenministeriums (BMEIA) das theoretische Wissen für ihren Auslandseinsatz vermittelt. Im Anschluss haben die Bewerberinnen und Bewerber ein einwöchiges HEAT-Training (Hostile Environment Awareness Training) zu absolvieren. Dieses EU-zertifizierte Sicherheitstraining dient zur Vorbereitung auf Einsatzgebiete mit erhöhtem Gefährdungspotenzial und ist inhaltlich von der Europäischen Union vorgegeben.

Nach Abschluss der Basisausbildung und des HEAT-Trainings werden die österreichischen Polizistinnen und Polizisten in die Datenbank des Personalpools der EU (Goalkeeper) aufgenommen. Sie erhalten danach alle Stellenausschreibungen, von jenen Missionen der Europäischen Union, an denen sich das BMI mit der Entsendung von Polizistinnen und Polizisten beteiligt. Derzeit sind die Einsätze im Kosovo, in der Ukraine, in Libyen und Georgien. Bei der Bewerbung müssen sich die österreichischen Polizistinnen und Polizisten gegen die Mitbewerber aus den übrigen 27 EU-Mitgliedsstaaten durchsetzen und ein Telefoninterview in Englisch absolvieren. *Maria Rennhofer-Elbe*